

BESCHLUSS

RESOLUTION FÜR EINE SOLIDE FINANZAUSSTATTUNG DER KOMMUNEN

Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist ein zuverlässiger Staat wichtig – ein Staat, der Verantwortung für die gute Qualität der öffentlichen Daseinsvorsorge übernimmt, die Gesundheitsversorgung in hoher Qualität sicherstellt, eine gute Bildung gewährleistet, Teilhabe ermöglicht, Eltern und Kindern gute Kinderbetreuungsmöglichkeiten bietet, umweltorientiert Mobilität ermöglicht, flächendeckend Internet bereitstellt und sauberes Trinkwasser garantiert. Einen wesentlichen Beitrag zur Sicherstellung der öffentlichen Daseinsvorsorge leisten in Baden-Württemberg die Kommunen. Städte und Gemeinden, Regionen und Landkreise sind für uns unverzichtbare und zuverlässige Partner bei der Erfüllung öffentlicher Aufgaben. Wir setzen uns daher für eine solide Finanzausstattung der Kommunen ein.

Nach der Finanzkrise - schwarz-gelbe Steuersenkungen ruinieren Kommunen

Die Wirtschafts- und Finanzkrise hat die Kommunen massiv geschwächt. Vielerorts sind die Gewerbesteuererinnahmen zusammengebrochen. Viele Kommunen haben große Probleme, ausgeglichene Haushalte zu erreichen. Vor Ort werden Bäder geschlossen, Kernaufgaben müssen in Frage gestellt werden. Das sog. schwarz-gelbe „Wachstumsbeschleunigungsgesetz“ hat die kommunale Steuerbasis weiter abgesenkt. Nochmalige Steuersenkungen würden viele Kommunen buchstäblich in den Ruin treiben. Dabei macht die Steuerschätzung vom Mai deutlich: Trotz neuer Wachstumsraten sinkt das Steueraufkommen. Die Lüge vom Wachstum durch Steuersenkungen ist endgültig entlarvt und wurde bei den Wahlen in Nordrhein-Westfalen abgewählt.

Wir wollen eine verlässliche Kommunalfinanzierung und keine Gebührenerhöhung auf der kommunalen Ebene. Die Steuerpolitik der schwarz-gelben Bundesregierung führt dagegen zu Gebührenerhöhungen in den kommunalen Kindergärten und zu prekären finanziellen Situationen vor Ort. Der Rechtsanspruch auf Kleinkindbetreuung darf nicht in Frage gestellt werden! Wer den Ausbau der Kinderbetreuung gefährdet, gefährdet die Zukunftsperspektiven von Kindern, Eltern und Wirtschaft.

Wir fordern Bundestag und Bundesrat auf, dafür Sorge zu tragen, dass alle politischen Ebenen über genügend Steuereinnahmen zur Finanzierung ihrer Aufgaben verfügen. Wir wollen durch eine nachhaltige Haushaltspolitik sicherstellen, dass alle öffentlichen Aufgaben ausreichend finanziert sind. Ein reiner Verschiebebahnhof zwischen den Ebenen löst das Problem der Unterfinanzierung und Rekordverschuldung der öffentlichen Hände nicht.

Mit uns Grünen werden die Steuereinnahmen der Kommunen verlässlich gestaltet

Gerechte Haushaltskonsolidierung

Auch das von der schwarz-gelben Koalition im Bund geplante Sparpaket schafft keine Entlastungen für Kommunen und Länder. Im Gegenteil: Es belastet die Finanzausstattung der Kommunen schwer: Durch die Abschaffung des Zuschusses zur Rentenversicherung für Arbeitslosengeld-II-Bezieher_innen werden diese bei längerer Arbeitslosigkeit in die Grundsicherung im

Alter gedrängt. Damit wird die Einsparung im Bundeshaushalt heute zur Belastung der Kommunen von morgen, die die Grundsicherung tragen. Das Sparpaket weist eine gefährliche soziale Schieflage auf, die die soziale Spaltung der Gesellschaft vorantreibt. Durch das geplante Kürzen bei aktiver Arbeitsmarktpolitik erhöht sich die Gefahr des Verbleibs in den Sozialsystemen. So entstehen weitere Belastungen für die kommunalen Haushalte.

Grüne Haushaltspolitik zeigt die Alternative auf: Was wir brauchen ist eine soziale und gerechte Haushaltskonsolidierung, die die Verschuldung zurückfährt und dabei den sozialen Zusammenhalt, Zukunftsinvestitionen und die Handlungsfähigkeit der Kommunen stärkt. Dazu braucht es eine ehrliche Prioritätensetzung bei den Ausgaben und eine kluge Mischung aus Ausgabenreduzierungen, konsequentem Subventionsabbau und gerechten Einnahmeverbesserungen. Geradezu absurd ist es, dass sich im Bundeshaushalt weiterhin 48 Mrd. Euro umweltschädliche Subventionen finden, wie z. B. die Steuerfreiheit von Flugbenzin oder die steuerliche Subventionierung von spritschluckenden, großen Dienstwagen. Außerdem fordern wir eine Erhöhung des Spitzensteuersatzes von 42 auf 45 %. Eine zeitlich befristete Vermögensabgabe könnte wesentlich zum Schuldenabbau beitragen.

Die von der CDU-/FDP-geführten Bundesregierung vorgelegten Pläne führen zu weiteren Einnahmeverlusten und Steuerrückgängen der Kommunen und führen bei vielen Städten und Gemeinden zu teilweise dramatischen finanziellen Engpässen, verbunden mit massiven Leistungseinschränkungen, Gebührenerhöhungen und dem Zwang zu hohen Neuverschuldungen. Eine Politik, die finanzielle Probleme des Bundes auf die Kommunen abwälzt, ist unverantwortlich und kurzsichtig. Den Plänen von schwarz-gelb, die Gewerbesteuer abzuschaffen und mit kommunalen Zuschlägen zur Einkommensteuer die Konkurrenz zwischen Städten und Umland weiter zu verschärfen, erteilen wir eine klare Absage.

Öffentliche Daseinsvorsorge sicher stellen – Kommunale Selbstverwaltung stärken!

Für uns Grüne ist die kommunale Daseinsvorsorge die Kernaufgabe der Kommunen. Güter der öffentlichen Daseinsvorsorge müssen für alle Menschen zugänglich sein und zugänglich bleiben. Wir Grüne stehen dafür, dass jede und jeder mit lokalen öffentlichen Dienstleistungen von hoher Qualität versorgt wird – und zwar unabhängig davon, ob sie oder er viel oder wenig verdient, in der Stadt oder auf dem Land wohnt. Die Leistungen der Daseinsvorsorge gehören zu den Grundvoraussetzungen für Lebensqualität in modernen Gesellschaften und sind Kernbestandteil unseres Gemeinwesens. Zentrale Idee der Daseinsvorsorge ist die Orientierung am Gemeinwohl. Dazu gehören Ver- und Entsorgungssicherheit, Nachhaltigkeit, Transparenz, Erreichbarkeit einer Leistung für breite Bevölkerungsschichten sowie Erhalt von Qualitäts-, Umwelt- und Sozialstandards.

Die in den letzten Jahren gewachsene Tendenz der Kommunen, die Aufgaben der Daseinsvorsorge komplett oder teilweise in private Hände zu geben oder im public-private-partnership zu vollziehen wird von uns kritisch beobachtet. Im Rahmen der Haushaltskonsolidierung sehen viele Kommunen kurzfristige Hilfe aus ihrer katastrophalen Finanzlage, indem sie all ihr „Tafelberg“ verkaufen und zudem Handlungsfelder, auf denen sie bisher wirtschaftlich erfolgreich waren, privatisieren. Doch sie werden trotz möglicherweise kurzfristiger finanzieller Entlastungen schnell wieder von der Realität eingeholt. Privatwirtschaftliche Unternehmen können Aufgaben der öffentlichen Daseinsvorsorge letztlich nur gewinnorientiert erfüllen. Daseinsvorsorge ist jedoch kein gewinnorientiertes, sondern ein zweckorientiertes Ziel. Es darf keine einseitige Abhängigkeit von privaten Investor_innen und privatwirtschaftlichen Interessen geben. Die Kernbereiche der kommunalen Daseinsvorsorge, die Versorgung mit Wasser und Strom, müssen durch Betriebe in kommunalem Eigentum wahrgenommen werden.

Vor diesem Hintergrund begrüßen wir Grüne den spürbaren Trend zur Re-Kommunalisierung und wollen diesen stärken, während die schwarz-gelbe Bundesregierung diesen Weg erschwe-

ren, wenn nicht sogar verhindern will. Den Weg zurück zur Stärkung der kommunalen Daseinsvorsorge – zum Beispiel bei der Energieversorgung – wollen wir fördern: Stadtwerke bieten neben lokaler Kund_innennähe den besten Rahmen für dezentrale Energieerzeugungsstrukturen, Erneuerbare Energien und effektive Energienutzungsplanung. Re-Kommunalisierungen leisten dabei auch einen wichtigen Beitrag zur Stärkung der Kommunalwirtschaft. Sie bewahren auch in wirtschaftlich schwierigen Zeiten die Handlungsspielräume in den Kommunen. Um die kommunale Daseinsvorsorge erbringen zu können, brauchen Städte, Gemeinden und Landkreise Gestaltungsspielraum, Planungssicherheit sowie eine solide Finanzausstattung.

Wir machen uns für eine aufgabengerechte Finanzausstattung der Kommunen stark:

1. In Ergänzung der Selbstverwaltungsgarantie der Kommunen in Art. 28 GG fordern wir, die Mindestfinanzausstattung der Kommunen und einen Ausgleich für Mehrbelastungen bei zusätzlichen Aufgabenübertragungen gesetzlich zu verankern.
2. Die Kommunen müssen in die Lage versetzt werden, ihre Einnahmen ökologisch verträglich und nachhaltig zu stabilisieren durch
 - ◆ einen Verzicht auf weitere Steuersenkungen,
 - ◆ eine Weiterentwicklung der Gewerbesteuer zu einer kommunalen Wirtschaftssteuer und somit eine Verstetigung der Bemessungsgrundlage (Verstetigung des Steueraufkommens, bei der die Bemessungsgrundlage breiter und stabiler wird, Freiberufler einbezogen und das Band zwischen Kommune und örtlicher Wirtschaft reißfester wird),
 - ◆ eine ökologische Ausrichtung und Verstetigung der Grundsteuer (Grundsteuer C für brachliegende unbebaute Flächen im Innenbereich), wobei die Ökologisierung und soziale Ausgewogenheit Vorrang vor Einnahmensteigerung haben.
3. Die Städte und Gemeinden müssen von den Kosten der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik entlastet werden durch
 - ◆ eine Erhöhung des Bundesanteils an den Kosten der Unterkunft für ALG II-Empfänger_innen an den tatsächlichen Unterkunftskosten
 - ◆ eine Bundeskofinanzierung auch bei erhöhter Inanspruchnahme des Rechtsanspruchs auf Kinderbetreuung ab dem vollendeten 1. Lebensjahr.
 - ◆ ein Teilhabegesetz auf Bundesebene, um die Landkreise bei der Finanzierung der Eingliederungshilfe zu unterstützen
4. Aufgabenübertragungen von Bund oder Land an die Kommunen dürfen nur mit entsprechender Mittelausstattung erfolgen, die auch wirklich bei den Kommunen ankommt. Das Gesetz über den kommunalen Finanzausgleich muss angepasst werden, so dass die Kommunen
 - ◆ für die Kindergartenförderung,
 - ◆ für die Förderung der Kleinkindbetreuung,
 - ◆ für die Schülerbeförderung aufgrund der Einführung der Werkrealschule einen adäquaten Kostenausgleich erhalten und
 - ◆ im öffentlichen Personennahverkehr eine Mittelbündelung auf kommunaler und regionaler Ebene stattfindet.